



Ulrike Fischer

ist Leiterin der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration.

Dr. Christiane Nischler-Leibl

ist Leiterin der Abteilung VI – Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

/// Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung

Antworten auf Salafismus

Salafismus ist ein Phänomen, das nicht erst dann eine Rolle spielt, wenn Probleme bereits manifest sind oder es gar zu extremistischer Gewaltanwendung gekommen ist. Das „Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ setzt bereits weit im Vorfeld der Anwendung von Gewalt an und gibt ressortübergreifende Antworten auf Salafismus. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern bietet das Netzwerk bayernweit vielfältige Maßnahmen an und fördert die lokale Vernetzung.

Der Salafismus gehört zu den am schnellsten wachsenden ideologischen Strömungen im islamistischen Spektrum.¹ Die Mehrheit islamistischer Anschläge in Europa während der vergangenen Jahre lässt sich salafistischen Milieus zurechnen. Der Salafismus liefert mit dualistischen, anti-demokratischen und abwertenden Positionen den Nährboden für eine islamistische Radikalisierung bis hin zur Rekrutierung für den militanten Jihad.

Auch wenn Radikalisierungsprozesse nicht zwangsläufig in Gewalt münden, gefährdet der Salafismus die Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens und damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Die Vielfalt der Lebensstile, Pluralismus und freie Meinungsbildung sind mit dem Salafismus unvereinbar. Salafismusprävention ist somit unabhängig von der Verhinderung von Gewalt nötig, um junge Menschen nicht für das demokratische Gemeinwesen zu verlieren.

Die Ideologie des Salafismus bildet den Nährboden für Radikalisierung, Gewalt und Terrorismus.



**ANT
WORTEN
AUF SALAFISMUS**
Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

Copyright für sämtliche Logos im Artikel: StMI

Bayerns Antworten auf Salafismus

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus folgt dem Gedanken, dass Staat und Gesellschaft gemeinsam gegen Salafismus gefordert sind. Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig, der insbesondere auch vorbeugende Maßnahmen anbietet. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Kinder- und Jugendhilfe oder den Strafvollzug.

In Bayern arbeiten deswegen seit Sommer 2015 Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialministerium verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk zusammen, um dem Salafismus zu begegnen. Auch zwei zivilgesellschaftliche Träger – die Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern in Trägerschaft von ufuq.de sowie die Beratungsstelle Bayern des Violence Prevention Network (VPN) – sind feste Partner des Netzwerks. Während ufuq.de Ansprechpartner für die Prävention von religiös begründeter Radikalisierung und im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen im Themenfeld Islam, Islamismus und Islamfeindlichkeit ist, dient VPN als Ansprechpartner für die Deradikalisierung bei konkreten Radikalisierungsfällen.

Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk stetig weiterentwickelt. Dabei wurde auch den Veränderungen sowohl innerhalb der salafistischen Szene als auch in der Präventionslandschaft Rechnung getragen. Anfangs standen vor allem die Vernetzung und gegenseitige Abstimmung der beteiligten Akteure im Vordergrund. Heute gilt es, zielgruppenspezifische Maßnahmen mit jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkten möglichst flächendeckend in Bayern anzubieten und zu verstetigen sowie bedarfsgerecht auf neue Entwicklungen zu reagieren. So liegt der Fokus derzeit u. a. auf der Bereitstellung von digitalen und jugendaffinen Angeboten im Bereich der Salafismusprävention, die auch künftig entsprechend ausgebaut werden sollen.

Auf einer eigens eingerichteten Internetplattform² finden sich umfangreiche Informationen zum Netzwerk und zu seinen Partnern, verlässliche Informationen über das Phänomen Salafismus sowie zahlreiche Links und Kontaktdaten zu Beratungsstellen, Projekten und wichtigen Ansprechpartnern. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfü-

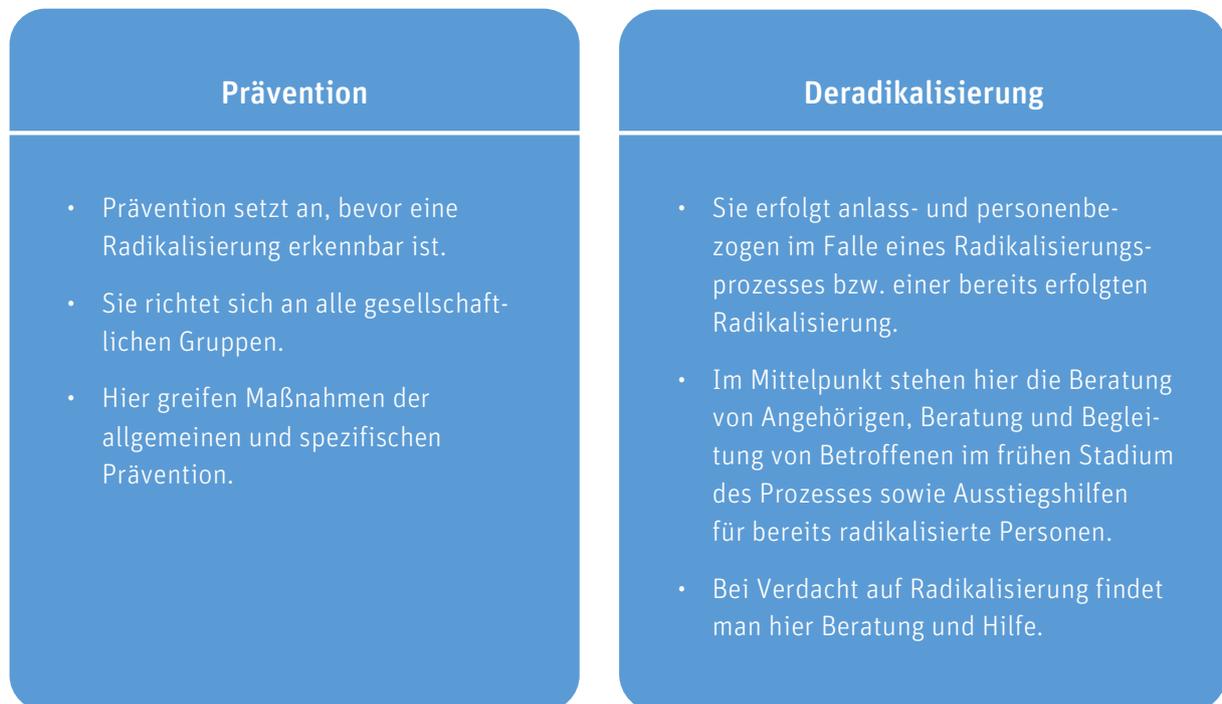
gung. Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar. Im März 2020 wurde die Website um neue, teils interaktive Inhalte erweitert. Mit dem Quiz „Salafismus-Checker“ können Jugendliche, aber auch Fachkräfte ihr Wissen rund um das Thema Salafismus testen. Außerdem können zwei Radikalisierungsverläufe in Comic-Videos verfolgt werden, an deren Ende man sich entscheiden kann, wie am besten auf Anzeichen einer Radikalisierung reagiert werden soll. Ein umfangreiches Salafismus-Lexikon bietet zudem eine Erklärung von salafistischen Begriffen und Symbolen sowie eine Übersicht der bekanntesten Personen und Organisationen aus der Szene.

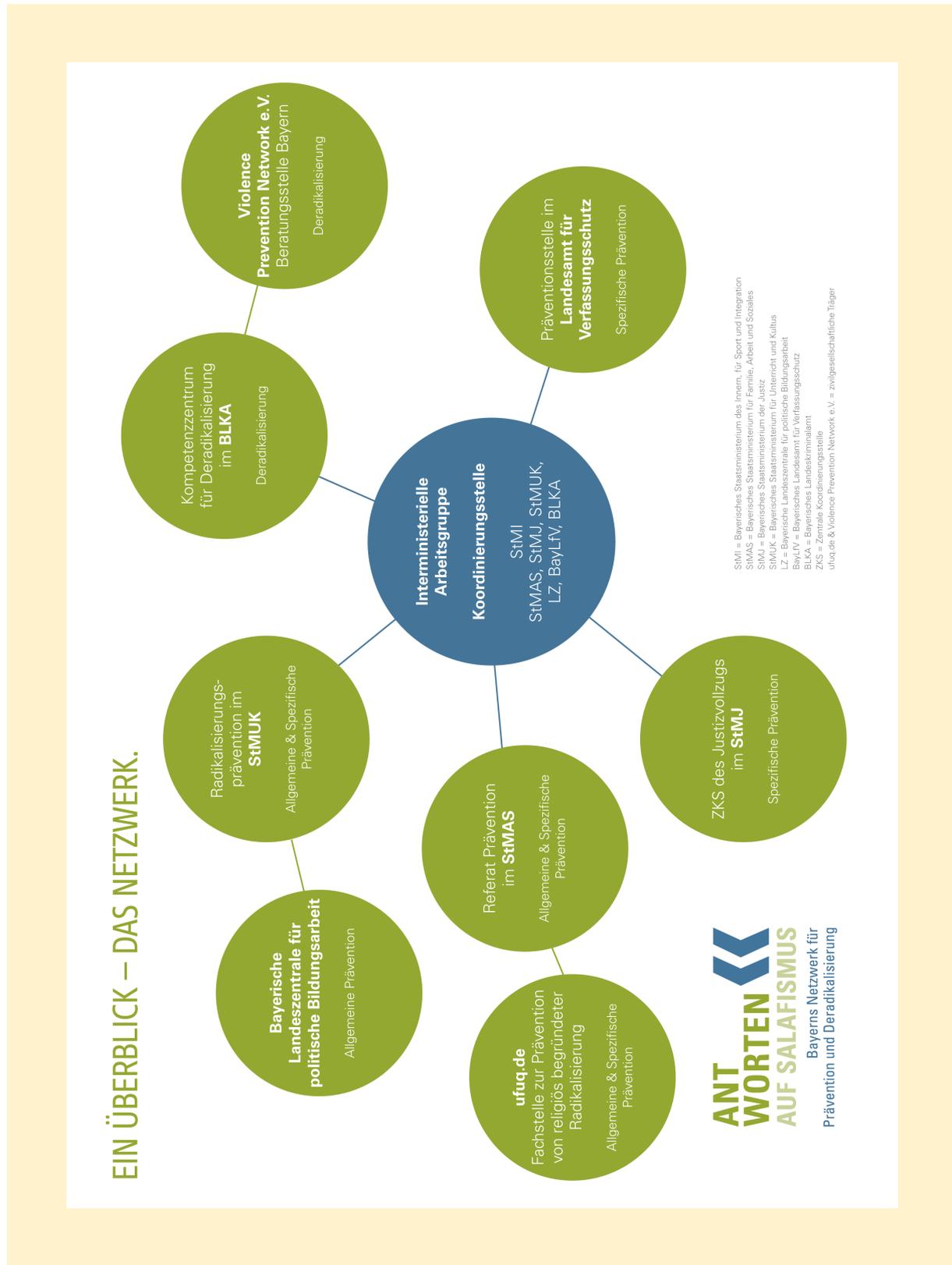
Am 5. März 2020 veranstaltete das Netzwerk den Fachtag „Antworten auf Salafismus 2.0“ zur Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen.

Konzept des Netzwerks

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus besteht aus zwei Säulen:





Salafismusprävention im schulischen Bereich

Die Prävention gegen extremistische Bestrebungen wie dem Salafismus ist auch Bestandteil des Konzepts des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) zur Gewalt- und Extremismusprävention, das eine fundierte Werteerziehung, die fächerübergreifende Vermittlung politischer Bildung in allen Schularten, die Stärkung der Kinder und Jugendlichen in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz und die Entwicklung von Kompetenzen für gewaltlose Konfliktbewältigung, aber auch eine Reflexion der jeweiligen kulturellen Prägungen umfasst.

Für die gesamte bayerische Schulfamilie sind die 18 „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ kompetente Ansprechpartner, wenn es um eine anlassbezogene, passgenaue und individuelle Prävention und Intervention von politisch motiviertem Extremismus, Salafismus und Antisemitismus geht. Sie begleiten und beraten Erziehungsberechtigte, Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen. Die Regionalbeauftragten sind dienstlich an die neun Staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern angebunden und können u. a. über deren Webseite kontaktiert werden.³

Seit dem Schuljahr 2015/16 finden regelmäßig bayernweit Lehrerfortbildungen im Bereich der Salafismusprävention statt. Diese Fortbildungen richten sich sowohl an die Lehrkräfte aller Schularten als auch an Referendare sowie Lehramtsstudierende.

Einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Weltreligion des Islam leistet der seit dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtete und bis 2021 verlängerte Modellversuch „Islamischer Unterricht“ (IU). Der Modellversuch ist ein Angebot zur Persönlichkeitsbildung und hilft muslimischen Kindern und Jugendlichen, sich bewusst mit dem Thema Religion zu beschäftigen. Eine zuletzt im Schuljahr 2019/2020 durchgeführte Evaluation hat die signifikante Wirksamkeit und die hohe Akzeptanz des Islamischen Unterrichts sowohl bei den Schülern und ihren Eltern als auch den Lehrkräften bescheinigt.

Im Rahmen des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) setzen sich Kinder und Jugendliche entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt ein. An den SOR-SMC-Schulen organisieren Schüler kleinere, aber auch zwei bis drei größere Aktionen gegen Diskriminierung und Rassismus, beispielsweise durch Impulse für Diskussionen oder durch die Organisation von Ausstellungen. Mit solchen Initiativen wird die gesamte Schulfamilie erreicht und ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus sowie zum offenen und respektvollen Umgang miteinander geleistet.⁴

Die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz beraten und unterstützen in bayerischen Schulen.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Politische Bildungsarbeit ist wichtig, um insbesondere junge Menschen stark zu machen gegen radikale Verheißungen.

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen. Ein Kernbereich der Landeszentrale im Hinblick auf die Präventionsarbeit ist dabei die Aufklärung über extremistische Äußerungen gerade im Internet und in den sozialen Netzwerken.

So produziert sie im Rahmen ihres Videoformats „ganz konkret“ Videos, die über themenspezifische Phänomene wie etwa Extremismus in den sozialen Medien aufklären und sich v. a. direkt an Jugendliche richten. Zudem erstellt die Landeszentrale begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, die einen Einsatz der Videos im Unterricht ermöglichen und zudem relevante Hintergrundinformationen liefern.⁵

Eine Workshop-Reihe mit dem Titel „Hass 2.0“ richtet sich sowohl an Lehrkräfte als auch an Schüler und klärt über extremistische Aktivitäten im Netz auf.⁶ Ab dem Schuljahr 2020/21 wird bayernweit ein Argumentationstraining etabliert, das Schülern Strategien an die Hand geben will, auch extremistischen und salafistischen Positionen gezielt zu begegnen.

Mit digitalen und analogen Publikationen macht die Landeszentrale zudem spielerisch auf Methoden der Beeinflussung im Internet aufmerksam („Check das Netz“-App), bietet Unterrichtsmaterialien an, um etwa auch die Themenfelder Salafismus und Populismus zu behandeln, und informiert in thematisch entwickelten Publikationen über v. a. auch phänomenübergreifende Probleme.⁷

Prävention im Sozialministerium

Im Rahmen der Radikalisierungsprävention sind im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) unterschiedlichste, zielgruppenspezifische Angebote vorzufinden, die kontinuierlich fortentwickelt werden.

So ist im Juni 2020 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bei der Radikalisierungsprävention die „Koordinierungsstelle Radikalisierung“ geschaffen worden. Hinsichtlich einer zunehmenden Zahl von Kindern, die den Einflüssen ihrer radikalisierten Eltern ausgesetzt sind, übernimmt die Koordinierungsstelle eine wichtige Aufgabe als Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und den Sicherheitsbehörden, um den Schutz der Kinder zu gewährleisten. Die Koordinierungsstelle soll den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe Handlungssicherheit vermitteln und sowohl die Sicherheits- als auch die Sozialbehörden in einem frühestmöglichen Umkehrprozess bei erkennbaren Radikalisierungstendenzen unterstützen.

Zudem soll eine gegenseitige Vermittlung und Sensibilisierung der jeweiligen Funktionen und Arbeitsansätze der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sicherheitsbehörden erfolgen. Die vielfältigen Kompetenzen der Kinder- und Jugendhilfe werden auf Landesebene unter Berücksichtigung bestehender Strukturen in diesem Bereich gebündelt und weiterentwickelt. Dabei agiert die Koordinierungsstelle im StMAS als Informations-, Anlauf- und Beratungsstelle sowohl für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe als auch als Ansprechpartner für die Deradikalisierungsarbeit, welche federführend im Bayerischen Landeskriminalamt im Kompetenzzentrum für Deradikalisierung verortet ist.

Des Weiteren fördert das StMAS zur Radikalisierungsprävention bayernweit eine Reihe von zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Projekten.

Mit Präventionsmaßnahmen und Projekten werden Jugendliche gegen extremistische Ansprachen gestärkt.



ufuq.de – Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung

Im Bereich der Prävention hat das StMAS im Herbst 2015 die landesweite Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung eingerichtet. Sie ist in Trägerschaft des Vereins ufuq.de. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich junge Menschen oft angezogen fühlen. Sie bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatoren Beratung und Fortbildungen im Themenfeld Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an.

Neben Jugendeinrichtungen oder -verbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen an die Fachstelle wenden. Die Fachstelle setzt zudem an verschiedenen Standorten in Bayern auch junge Menschen als Teamende ein, die gezielt geschult werden, um mit Jugendlichen in Jugendeinrichtungen oder an Schulen zu arbeiten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen und Digitale Medien.



W O M E N
W I T H O U T
B O R D E R S
CHANGE THE WORLD

Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“

Mit dem Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“ wird der Fokus auf das wichtigste familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen oft als erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben.

Hier setzen die sogenannten MotherSchools von Frauen ohne Grenzen (Wien) an. In 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Lehrerinnen Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit.

Um den Fokus auf das familiäre Umfeld weiter zu verstärken, werden nun auch zunehmend die Väter in das Projektkonzept integriert. In Aschaffenburg und Erlenbach am Main starteten daher 2019 die „FatherSchools: Men included in Parenting for Peace“.



Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“

Das Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“ möchte Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den Rückhalt geben, der durch den Wandel traditioneller Strukturen häufig verloren geht – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Qualifizierte und flächendeckende Angebote sollen außerdem salafistischer Propaganda und Agitation vorbeugen.

Bei MUSA handelt es sich nicht um klassische Seelsorge, wie sie beispielsweise im Auftrag der christlichen Kirchen auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbilds angeboten wird. Der Schwerpunkt von MUSA liegt vielmehr in der Begleitung und Betreuung von Menschen in existenziellen Krisen und Umbruchphasen, insbesondere dort, wo Menschen entsprechenden Beistand benötigen wie z. B. in der Krisenintervention, Flüchtlingshilfe oder in Justizvollzugsanstalten.

MUSA ist bayernweit in Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg, Weißenburg, Regensburg, Ingolstadt und München tätig.



Projekt „kampagnenstark“

Das Projekt „kampagnenstark“ des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – JFF stärkt demokratische Werthaltungen und setzt sich mit Radikalisierungsfaktoren auseinander. Die Jugendlichen reflektieren ihr eigenes Online-Handeln im Kontext von Filterblasen und Fake News. Zudem setzen sie sich mit Online-Anwerbestrategien extremistischer Gruppierungen auseinander. Ihr Blick wird auf das gelingende Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft geweitet.

In unterschiedlichen Medienformaten verleihen Jugendliche zwischen 13 und 22 Jahren ihren Anliegen Ausdruck. Dabei stehen die Medienprodukte nicht für sich alleine, sondern werden in Konzepte und Kampagnen mit Anregungscharakter eingebettet. Jährlich werden 14 medienpädagogische Projekte realisiert, die durch entsprechende On- und Offline-Aktionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Fokus liegt auf den Kampagnenprodukten und auf der Entwicklung neuer medienpädagogischer Ansätze im Bereich der Radikalisierungsprävention.

Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“

Im Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“⁸ werden Jugendliche aus verschiedenen Communitys (z. B. jüdische, muslimische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communitys als Vorbilder wirken sollen.



Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Menschen, die Brücken bauen möchten und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung und Antisemitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz Korczak Akademie in München.

Antisemitismus und Verschwörungsmythen

Das StMAS fördert nicht nur phänomenspezifische Projekte, sondern setzt sich auch phänomenübergreifend insbesondere mit Antisemitismus und Verschwörungsmythen auseinander. Auf der Homepage des StMAS findet sich dazu eine breite Sammlung entsprechender Projekte und Initiativen.⁹

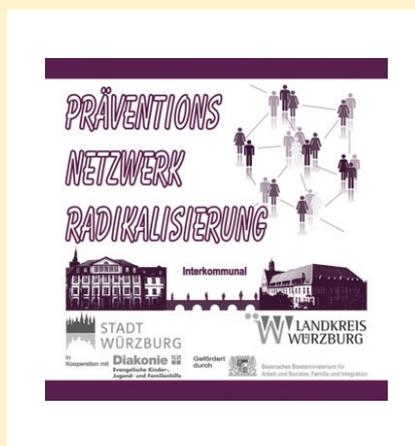
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern

Im Bereich Antisemitismus fördert das StMAS zudem die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern“. Auf Grundlage der dort gemeldeten Vorfälle und eigener Recherchen verfasst RIAS Bayern anonymisierte Berichte, betreibt Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und trägt so durch ein Sichtbarmachen des tatsächlichen Ausmaßes von Antisemitismus in Bayern zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei. Auf Wunsch von Betroffenen oder Meldenden vermittelt RIAS Bayern Angebote der Beratung.

Prävention in Kommunen

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mit Hilfe von kommunalen präventiven Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das StMAS den Aufbau präventiver kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Augsburg, Würzburg und Nürnberg. Mit bereits bestehenden Netzwerkstrukturen – wie jenen der Landeshauptstadt München – erfolgt, losgelöst von der Errichtung neuer Strukturen, eine Zusammenarbeit mit den landesweiten Beratungsangeboten wie der beim StMAS angesiedelten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de, die Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen informiert und berät.



Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit

Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Flüchtlinge selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Die Präventionsarbeit richtet sich auch an traumatisierte Flüchtlinge.

Hilfe für Fachkräfte und Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch „normale“ Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam,
- Umgang mit patriarchalen Strukturen,
- Salafismus und
- Radikalisierung.

Projekt „ReThink – Freiheit beginnt im Kopf“



Das von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ entwickelte und von der Bayerischen Staatsregierung geförderte Projekt „ReThink“ wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell an Jugendliche mit eigener Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Ziel des Projektes ist es, mit Hilfe theaterpädagogischer Rollenspiele die Teilnehmer zu kritischem Denken und zur Reflexion der eigenen kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Prägung anzuregen. Zusätzlich zu den Workshops werden auch Lehrkräfte hinsichtlich der Themen Islamismus und Extremismus sensibilisiert und fortgebildet.

Projekt HEROES

Das präventiv wirkende Integrationsprojekt HEROES macht sich gegen eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen „im Namen der Ehre“ stark, die bisweilen sogar in Gewalt mündet. Junge Männer mit Migrationshintergrund setzen sich im Rahmen des Erfolgsprojekts gezielt mit ihren Geschlechterrollen, Ehrvorstellungen, Gleichberechtigung und Menschenrechten auseinander. Neben den drei bewährten HEROES Projekten an den Standorten Augsburg, Nürnberg und Schweinfurt werden 2020 zusätzlich auch zwei neue Projekte gefördert: Das Projekt „W3 – Wissen, Werte, Wir“ in Rosenheim und das Regensburger Projekt „habadEHRE“.

Präventionsangebote des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und die Schulung von Multiplikatoren wie Polizeibeamte, Lehrer, Ausbildungsträger, Mitarbeiter im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsangestellte aus der Privatwirtschaft, Beamte im Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungshilfe sowie Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen, von Landratsämtern und Jugendämtern. Die Maßnahmen des BayLfV zielen darauf ab, durch eine gezielte Sensibilisierung von spezifischen (Berufs-)Gruppen, diese zur Unterscheidung zwischen Islamismus und religiösen Erscheinungsformen des Islam zu befähigen und angemessene Reaktionen auf eine mögliche islamistische Radikalisierung zu ermöglichen.

Neben der sicherheitsbehördlichen Beobachtung und Auswertung verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Internet ist das BayLfV auch im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung bezüglich extremistischer Gefahren im Netz aktiv. Seit 2017 klären kurze Videos in der Reihe „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt“ über die Gefahren von Manipulation und Radikalisierung im Internet und in sozialen Medien auf. Mit dem Kurzfilm „Lass dich nicht verarschen – Dieses Mal von Salafisten“ will das BayLfV dazu beitragen, den aus salafistischer Propaganda erwachsenden Gefahren für den Einzelnen entgegenzuwirken, und Nutzern 10 Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Salafisten zu geraten. Insbesondere junge Menschen sollen gegen salafistische Anwerbestrategien sensibilisiert werden. Denn junge Menschen bilden die Hauptzielgruppe salafistischer Propaganda und Rekrutierungsaktivitäten.

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweisaufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert.¹⁰

Die Präventionsstelle beim Verfassungsschutz vermittelt Informationen zum Erkennen islamistischer Radikalisierung.

Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Der bayerische Justizvollzug stellt sich seit jeher entschlossen den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Anstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen.

Radikalisierungstendenzen im Justizvollzug begegnet Bayern mit umfangreichen Maßnahmen.

Die bayerischen Justizvollzugsanstalten begegnen etwaigen Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen bei Gefangenen mit einem breiten Bündel an repressiven, aber auch präventiven Maßnahmen und Vorkehrungen. Zu nennen sind unter anderem eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden, eine engmaschige Überwachung der Kontakte extremistischer Gefangener, der Einsatz von sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragten, regelmäßige Aus- und Fortbildungen der Bediensteten in diesem Themenfeld, das Implementieren spezieller Behandlungs- und Betreuungsangebote für extremistische Gefangene zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen, der Ausbau der muslimischen Gefangenseelsorge und ein strukturiertes Übergangsmanagement im Vorfeld einer Entlassung.

Die im Jahr 2015 eingerichtete „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ hat einen wichtigen Beitrag zum Ausbau und zur Stärkung der Extremismusbekämpfung im bayerischen Justizvollzug geleistet. Der Schwerpunkt der Koordinierungsstelle wird künftig auf der operativen Arbeit liegen, d. h. die Koordinierungsstelle soll die operative Arbeit in den Justizvollzugsanstalten gezielt unterstützen und fördern. Zudem wurde sie zu einer „Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus“ (ZKE) erweitert. Sie fungiert nun als Anlaufstelle für die Justizvollzugsanstalten nicht nur für die Themenbereiche Islamismus und Salafismus, sondern auch für Rechts- und Linksextremismus.

Durch die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe wurden im Jahr 2017 fünf Bewährungshelfer zu „Präventionsmanagern“ weitergebildet – ein Angebot, das inzwischen um weitere fünf Personen erweitert wurde. Diese Personen stehen als Ansprechpartner für ihre Kollegen aus den Dienststellen der Bewährungshilfe mit Informationen und Kontakten im Rahmen von Radikalisierung bzw. Deradikalisierung zur Verfügung. Sie kennen die Ansprechpartner zur Einschätzung von Verhalten und vermitteln an die zuständigen bzw. regionalen Einrichtungen vor Ort.

Angebote zur Deradikalisierung

Im Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) wurde zum 1. September 2015 das „Kompetenzzentrum für Deradikalisierung“ eingerichtet. Das Kompetenzzentrum arbeitet mit dem zivilgesellschaftlichen Vertragspartner „Violence Prevention Network (VPN)“, einem bundesweit renommierten zivilgesellschaftlichen Träger, zusammen. Grundsätzliches Ziel ist es, Gefahren, welche durch radikalisierte Personen für andere oder sich selbst ausgehen, abzuwenden. In Zusammenarbeit mit VPN werden Hilfestellungen und Beratungsangebote für das Umfeld, also etwa für Eltern, Angehörige und weitere Bezugspersonen, formuliert. Dabei sollen Distanzierungsprozesse vom Extremismus ausgelöst werden.

Das Kompetenzzentrum im BLKA ist in Fragen der Deradikalisierung vor allem Ansprechpartner für Behörden in Bayern und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie zahlreichen weiteren Akteuren zusammen. Es betreibt hierbei eine eigene Hotline (089 12 12 19 99), die inzwischen zunehmend genutzt wird. Darüber hinaus nimmt es strukturierte Analysen und Bewertungen von gemeldeten Sachverhalten zur Prüfung von sicherheitsrelevanten Aspekten sowie fallbezogene Beratungen von thematisch betroffenen Personenkreisen, z. B. Flüchtlingshelfern, vor.

In Deradikalisierungsfällen mit Sicherheitsrelevanz (Vorliegen einer Eigen- oder Fremdgefährdung) nimmt das Kompetenzzentrum außerdem die koordinierende Funktion wahr und ist verantwortlich für das abgestimmte Vorgehen zwischen staatlichen Akteuren und VPN. Durch die multiprofessionelle und interdisziplinäre Aufstellung können für den jeweiligen Einzelfall passgenaue Deradikalisierungsansätze sowie Betreuungskonzepte entwickelt werden. Hierbei werden vor allem die Vorteile eines kombinierten Ansatzes von polizeilichem Fachwissen, ergänzt durch die Expertise aus den Bereichen Psychologie, Islamwissenschaften und sozialpädagogischen Erfahrungen, deutlich.

Angesichts der besonderen Herausforderungen, wie beispielsweise die Radikalisierung von jungen Mädchen, Flüchtlingen, Radikalisierung in Haft und dem Umgang mit rückkehrenden Personen aus dem Krisengebiet Syrien/Irak, hat das Kompetenzzentrum sich seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Arbeiterteam des Kompetenzzentrums auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

Zielgruppenspezifische Handlungsstrategien sind maßgebend für den Deradikalisierungserfolg.

Das Kompetenzzentrum trägt u. a. Verantwortung für polizeiinterne Aus- und Fortbildung.

Die Koordinierung der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

VPN unterhält in Bayern eine Beratungsstelle mit Sitz in München. Die „Beratungsstelle Bayern“ bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an. Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige,
- Beratung, Begleitung und Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden,
- schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen),
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien) und
- Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und Angebote zur Ausstiegsbegleitung für radikalisierte bzw. gefährdete Insassen.

Die Mitarbeiter der „Beratungsstelle Bayern“ suchen den direkten Zugang zu jungen Menschen und sprechen Gefährdete im Umfeld des extremistischen Salafismus schnell vor Ort an, um Ausstiegsprozesse aus einem bereits stattgefundenen Radikalisierungsprozess zu initiieren.

///

Informationsmaterial zum Netzwerk und zum Thema Salafismus

www.antworten-auf-salafismus.de

Broschüre „Antworten auf Salafismus – Das Netzwerk stellt sich vor“

Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“

Broschüre „Islamismus erkennen“

**Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung:
www.bestellen.bayern.de**

Anmerkungen

- ¹ Das Manuskript zu diesem Artikel wurde im Dezember 2020 abgeschlossen.
- ² Vgl. www.antworten-auf-salafismus.de
- ³ Vgl. www.km.bayern.de/ministerium/institutionen/schulberatung.html
- ⁴ Vgl. www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk
- ⁵ Vgl. www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html
- ⁶ Vgl. www.profilzeigen.de
- ⁷ Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten unter www.blz.bayern.de
- ⁸ Vgl. www.youthbridge.eu
- ⁹ Vgl. www.radikalisierungspraevention.bayern.de/AktiongegenVerschwoerungsmymen
- ¹⁰ Das Hinweistelefon ist erreichbar unter der Telefonnummer: 089 31 20 14 80 oder per E-Mail: salafismuspraevention@lfv.bayern.de